



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Nobel, Alphons: Das Koalitionsproblem

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Das Koalitionsproblem

Von Dr. Alphons Nobel

Der Versuch, das Koalitionsproblem oder besser die zur Koalition drängenden Zeitumstände soziologisch zu erfassen, müßte auf einer genauen Wesensbetrachtung der heutigen Parteien aufgebaut sein. Das Wort „Partei“ hängt mit *pars* zusammen. Und das scheint kein sprachlicher Zufall, denn „Partei“ kann den Begriff „Teil“ sicherlich noch in einem tieferen Sinn enthalten, als nur der wäre, daß es sich rein äußerlich bei Parteien umerspaltungen und Teilungen der politischen Gesamtheit einer Nation handelt. Einen tieferen Sinn als diese Selbstverständlichkeit hat der Name „Partei“ erst dann, wenn das Teil-sein ins bewußte Denken der Partei übergeht, Prinzip ihres Handelns wird, indem sie sich bestrebt, auch die Funktion des Teils zu erfüllen. Dies ist zweifellos bei der Mehrzahl der europäischen Parteien heute der Fall — und dies ist das Koalitionsproblem.

Was mit der „Funktion des Teils“ gemeint ist, dürfte klar werden, wenn man (nur zu diesem Zwecke) zwei Wesensarten von politischen Parteien unterscheidet: eine Gruppe von Parteien (es sind meist radikale und extreme Parteien) behauptet irgendwie der Kern der Nation darzustellen, zum Träger seiner Zukunft bestimmt zu sein und glaubt alle Andersdenkenden im Irrtum befangen; eine solche Partei muß notwendig alle anderen vernichten und deren Anhänger in sich einbeziehen wollen, sie erhebt ja den Anspruch alleiniger Daseinsberechtigung, identifiziert sich mit der Nation (in der sozialistischen Terminologie mit dem „Volke“) dessen historische Idee, dessen Werte und Ziele sie allein zu vertreten angibt.

Im Gegensatz zu dieser sich naturgemäß isolierenden Parteigattung steht eine andere Gruppe politischer Parteien, die von vornherein zum Kompromiß neigen aus dem Bewußtsein heraus, eben nur Partei, das heißt Teil, zu sein. Daß dem mitunter eine Resignation im Glauben an die Durchschlagkraft des Programms zugrunde liegt, ist in diesem Zusammenhange unerheblich. Andererseits schließt diese Einstellung keineswegs ein fanatisches Bekenntnis zum Programm aus. Worauf es hier ankommt, ist die Bereitschaft, auch anderen Parteien Dasein, und mehr, Daseinsberechtigung zuzusprechen.

Das klassische Beispiel für solche Einstellung war das englische Zweiparteiensystem der Vorkriegszeit. Es wurde an dieser Stelle bereits von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet*). Jede der beiden großen englischen Parteien, Liberale sowohl wie Unionisten, erkannte die andere auch in der Opposition als wesentlichen Bestandteil des Staates an und wünschte keinesfalls, daß der Gegner zusammenschumpfe oder gar verschwinde, sondern auf dem Wechsel der Macht, dem

*) Vergl. Grenzboten, Heft 48, Nobel: Zweiparteiensystem in England.

Schauensystem (Regierungspartei — Opposition — und wieder Regierungspartei und so fort in fast regelmäßigem Turnus) beruhte das ungeschriebene Staatsrecht des englischen Parlamentarismus.

Und nun in der Nachkriegszeit: die von den ungeheuersten politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Problemen belastete Politik aller europäischen Länder trieb die im englischen Zweiparteiensystem ausgesprochene Tendenz noch weiter. Die Parteien, oder vielmehr die Gruppe der Parteien, die sich als Teil empfinden und das Dasein der anderen Teile nicht ignorieren, werden dazu getrieben, aus dieser Erkenntnis eine weitere (vielleicht nicht die letzte) Konsequenz zu ziehen: das Zusammenarbeiten mit anderen Teilen. Das englische Zweiparteiensystem war auch ein Zusammenarbeiten, aber auf lange Sicht hin, in der stillschweigenden Vereinbarung, einander ablösend die Last des Staates zu tragen. Heute aber ist kein einziges der innerpolitischen Gerüste Europas mehr elastisch genug dazu. — So liegt das gleichzeitige Zusammenarbeiten mehrerer Parteien als Norm der europäischen Innenpolitik in der Logik der Entwicklung.

Diese Zusammenarbeit aber ist die Koalition. Kabinette bilden sich nicht mehr aus einer Partei heraus, sondern sind schon in ihrem Entstehen Kompromisse, das heißt Ergebnisse der Zusammenarbeit mehrerer Parteien der betreffenden Parlamente. Diese Parteien verpflichten sich durch diesen Kompromiß, gemeinsam und solidarisch die Politik des Kabinetts zu tragen. Diese Koalitionspolitik ist zweifellos mehr als bloße Taktik, schließt sie doch immer irgendwie ein Aufgeben gewisser Programmpunkte in sich. Die Koalition in Deutschland, ihre Entstehung, ihre Ausbreitungs- und Abbröckelungstendenzen brauchen hier nicht auseinandergelegt zu werden. Interessanter dürfte für uns ein Blick auf das übrige Europa sein.

Gerade eben hat Poincaré in Frankreich versucht, eine große Koalition aller Kammergruppen von rechts bis zu den Radikalsozialisten einschließlich zustande zu bringen. Bekanntlich ist ihm das nicht gelungen, weil die Radikalsozialisten abgesagt haben. (Radikalsozialisten ist eine bürgerliche Gruppe.) Immerhin geht sein Kabinett durch sehr viele Parlamentärgruppen hindurch, wenn auch noch nicht zu sehen ist, ob der alte Nationalblock so geschlossen, wie er von 1918 bis 1921 war, hergestellt ist. Er begann im Frühjahr 1921 auseinander zu bröckeln, in dem die äußerste Rechte (Léon Daudet) nicht zuletzt infolge der Treibereien Poincarés sich abwandte. Gehört diese Chauvinistische Rechte doch zu jener Parteigattung, die wir die „sich isolierende“ nannten. Aus ihrer Tendenz heraus, das Frankreich darzustellen und alle anderen als Verräter der Sache Frankreichs zu brandmarken. Solche Parteien lassen sich natürlich ebenso schwer wie die Kommunisten zur Koalition, das heißt zum Kompromiß und zur Zusammenarbeit mit den anderen Teilen des Volkes gewinnen. Denn auch die Kommunisten glauben, die Zukunft und die einzigsten Repräsentanten des wirklichen Volkswillens zu sein.

Ähnlich ist die Koalitionsbildung auch in Italien vor sich gegangen. Hier hat sich aber, umgekehrt wie in Frankreich, die Tendenz zur Koalition immer

mehr verstärkt. Es liegt dies an den besonderen italienischen Parteiverhältnissen, vornehmlich an dem plötzlichen Auftreten und raschen Erstarken der katholischen Volkspartei, die eine immer wachsende Anzahl von Ministerstücken beanspruchte. Die letzten Monate haben eine interessante, übrigens typische (vergl. England) Folgeerscheinung der Koalition gebracht. Es ist nämlich gelungen, die vielen liberalen Gruppen zusammen mit Teilen der Reformsozialisten (bürgerliche Gruppe!) zu einer neuen Partei, der demokratischen Partei, zusammenzuschweißen. Freilich ist nicht sicher, ob diese Neubildung, die vorläufig nur im Parlament glückte, analoge Bewegung draußen im Lande auslösen wird. Dies vorausgesetzt, muß fortan mit den drei Parteien: Demokraten, Volkspartei, Sozialisten gerechnet werden, während bisher die italienische Kammer in eine Unmenge kleiner Gruppen zerfiel.

Diese Zusammenfassung darf deshalb typisch genannt werden, weil sich in ihr eine auch anderswo zu beobachtende Rückwirkung der Koalition auf das Parteileben ausdrückt. Gruppen, die in einer Koalition zusammen Politik machen, werden, wenn sonst keine Hemmungen bestehen, die Tendenz haben, sich auch parteilich zusammenzuschließen. In der idealsten Form ist das in England geschehen, wo die „Koalition“ Lloyd Georges längst mehr als ein Bündnis der Liberalen und Unionisten ist. Die englische Koalition nähert sich auch organisatorisch immer mehr der Form einer Partei.

Die Koalition oder der Regierungsblock war in der Vorkriegszeit eine mehr oder weniger sporadische Erscheinung in der Innenpolitik der Länder. Heute ist er zweifellos mehr, und man wird sagen können, daß die Koalition als politische Form nicht mehr verschwindet. Im Gegenteil. Wir sehen am englischen und italienischen Beispiel, daß sie zu Neuformungen im Parteileben Anlaß wird, die dem eigentlichen Parlamentarismus über den Kopf wachsen. Parteien, die Koalition machen, sind eben nicht mehr Parteien im alten Sinne. Ob sie freilich so Wege zur Volksgemeinschaft werden können, erscheint zum mindesten fraglich, denn Volksgemeinschaft soll organische und nicht organisatorische Einheit sein. Eine organische Einheit verträgt aber selbständige oder gar einander bekämpfende Teile nicht.